26. X. 1918

Falsche Gerüchte über ein Moratorium. Eine Erklärung von maßgebender Stelle.

Wien, 26. Oktober.

Die maßgebenden Stellen hätten schon früher den falschen Gerüchten über ein beabsichtigtes Moratorium entgegengetreten sollen. Das geschieht jetzt in einer weiter unten folgenden Mitteilung. Aber die Verzögerung hatte zur Folge, daß sich das Gerücht im Publikum festsetzte. Ueberflüssige Abhebungen von Barguthaben zeigten sich bei den Banken und ein rechtzeitig ausgesprochenes klares und deutliches Wort hätte die Anfänge der Besorgnis in der Bevölkerung beseitigen müssen. Denn in solchen Fällen handelt es sich um den rechtzeitigen Eingriff, damit das Vertrauen nicht geschädigt werde.

Die Erklärung, die weiter unten veröffentlicht wird, zeigt, daß die Erlassung eines Moratoriums nicht beabsichtigt sei. Die technischen Schwierigkeiten bei der Herstellung von Banknoten sind noch mehr fühlbar geworden, weil das Publikum unter dem Eindruck der bewegten politischen Zeiten vielfach Noten aufstapelt. Solche Stimmungen im Publikum verdienen die größte Beachtung. Als die ersten Gerüchte über den Bundesstaat sich verbreiteten, haben wir sofort auf die Notwendigkeit hingewiesen, Klarheit über das Verhältnis der einzelnen Völkerstaaten zur Staatsschuld zu bekommen. Siebzig Milliarden sind in verzinslichen Schuldpapieren des Staates oder in Noten angelegt. Nichts kann wichtiger sein als die sofortige Einleitung von Verhandlungen zwischen den Völkerstaaten, um das Publikum durch das Ergebnis über den Wert und die Sicherheit der zum Kauf dieser Papiere benützten Spargroschen zu beruhigen. Die Tschechen sind an dieser Klarstellung genau so interessiert wie die Deutschen. Denn in den tschechischen Banken, Sparkassen, Genossenschaften und Fonds sind große Mengen von Kriegsanleihe und sonstigen Staatsschulden. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat einen riesigen Besitz von Noten aufgehäuft und nichts ist falscher als die Auffassung, daß die Ordnung dieser Verhältnisse eine Frage der Deutschen in Oesterreich sei. Das ist eine deutsche, tschechische, polnische und allgemein österreichische Frage, mit deren Regelung die Liquidation beginnen muß. Die Vollzugsausschüsse der Nationalversammlungen müssen sofort die Ordnung dieser Verhältnisse in Angriff nehmen. Auch die Ruhe und Sicherheit hängen mit dieser Klarstellung zusammen.

Wir möchten noch einmal feststellen, daß ein Moratorium nicht erlassen werden wird. Die Aufstapelung von Noten hat auch am Beginn des Krieges stattgefunden und die Leute, die damals ihr Geld zurückgezogen haben, sind bald wieder mit ihren Vermitteln in den Banken und Sparkassen erschienen, um die Zinsen nicht zu verlieren. Ob das Moratorium damals unvermeidlich war, ist noch heute eine der bestrittensten Fragen. Wozu sollte jetzt ein Moratorium verhängt werden, da leider die Zahlungsmittel durch den massenhaften Druck von Noten praktisch in unbefruchteten Mengen vorhanden sind und Schwierigkeiten nur entstehen, wenn gerade durch einen Fehler der Verwaltung die mit der Herstellung des Papiers betraute Fabrik dem Bedarfe nicht genügen kann. Bei einem Notenumlauf, der jetzt schon neunundzwanzig Milliarden be-

trägt, braucht wirklich niemand die Noten aufzustapeln; besonders nicht, da der Friede trotz aller Schwierigkeiten nicht mehr weit entfernt sein kann und dann hoffentlich die Aufstapelung der Noten bei der Bank beginnen wird. Die Nationalregierungen sowie die österreichische Regierung haben drei Pflichten, die sofort erfüllt werden müssen: Gegenseitige Hilfe bei der Ernährung und was damit zusammenhängt, beim Schutze der Sicherheit und Ordnung, da sich der Uebergang zu den neuen Verhältnissen in keinem Falle anarchisch vollziehen darf. Wichtiger als die Politik ist, daß auch das Liquidationsministerium der Bevölkerung Nahrung, Schutz des Lebens, des Eigentums und eine geordnete Verwaltung verbürge. Die zweite Pflicht ist sofortige Klarstellung der Bürgschaften für die Staatsschuld. Die Tschechen mögen sagen, was sie wollen, ein Zusammenbruch in Deutschösterreich würde auch Böhmen mitreißen und Prag ist durch zahllose Fäden mit Wien verknüpft. Zur Staatsschuld gehört auch die Note, die der tschechische Bauer hat. Die dritte Pflicht ist, daß durch die Ordnung der Verhältnisse im Staatsschuldenwesen, in den Steuereinnahmen und im Eisenbahnverkehr, durch Verhütung, daß in der wirtschaftlichen und finanziellen Verwaltung sowie im Verkehr anarchische Zustände einreißen, die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung des öffentlichen Credits geschaffen werde. Denn auch der tschechische Bauer kann nicht wollen, daß seine Note durch beständige Neuerzeugung von Milliarden eine Assignate werde. Wir müssen daher die geregelten Einnahmen sichern, die Verhältnisse der Staatsschuld klären, damit nach Abschluß des Waffenstillstandes das Publikum so weit beruhigt sei, um eine große Liquidations- und Friedensanleihe auflegen zu können. Sicherung auskömmlicher Nahrung sowie der Ruhe und Ordnung, Sicherung der Staatsschuld und Sicherung der Voraussetzungen für eine künftige Anleihe! Es sollte mehr Wirtschaft und weniger Politik in dieser für das Publikum so bewegten Zeit getrieben werden.

Kein Plan eines Moratoriums.

Nach Mitteilungen an maßgebender Stelle.

Wien, 26. Oktober.

Nach Mitteilungen, die uns auf eine Anfrage an maßgebender Stelle zukommen, wird nicht an ein Moratorium gedacht.

Fachmänner aus Finanzkreisen haben die bestimmte Ansicht ausgesprochen, daß kein Grund zu einer solchen Maßregel vorliege.

Die technische Ursache des jetzigen Notenmangels liegt in den Schwierigkeiten des Notendruckes. Es sind eine Reihe von Maßnahmen bereits getroffen worden, um diesen Uebelstand zu beheben, wie die Ausgabe von Wirtskassenscheinen der Oesterreichisch-ungarischen Bank und von Darlehenskassenscheinen.

Eine Reihe anderer Maßnahmen, von denen man annimmt, daß sie ausreichen dürften, um den Notenmangel zu beheben, ist noch in Vorbereitung.

Erwägung einer offiziellen Erklärung gegen den Plan eines Moratoriums.

Bei Finanzminister Freiherrn v. Wimmer hat vor einigen Tagen eine Besprechung mit Wiener Bankdirektoren stattgefunden. Von den Leitern der Finanzinstitute wurde damals der Wunsch ausgesprochen, daß alle Vorkehrungen getroffen werden, damit kein Moratorium notwendig werde.

Der Finanzminister hat in dieser Sitzung erklärt, auch seine Meinung gehe dahin, daß alle Maßregeln durchgeführt werden müssen, damit bei der Verfolgung der Zahlungen kein Anstand vorkomme und damit sich alle Gerüchte über ein Moratorium als grundlos erweisen.

Heute hat der Vizegouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank Ritter v. Gruber bei einer Besprechung mit einem Vertreter des Finanzministeriums dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß eine offizielle Erklärung gegen die Möglichkeit eines Moratoriums verlaublich werde.

Man nimmt in den finanziellen Kreisen an, daß eine solche Erklärung veröffentlicht werden dürfte und daß mit voller Bestimmtheit ausgesprochen wird, daß der Plan eines Moratoriums nicht in Erwägung gezogen werde.

Vollzahlung rückgeforderter Beträge bei den Wiener Banken.

Wien, 26. Oktober.

Die Wiener Banken erklären übereinstimmend, daß bei ihnen alle Rückzahlungsanforderungen voll befriedigt wurden. Die Banken hatten hierfür durch große Barbestände, welche sie gestern von der Oesterreichisch-ungarischen Bank bezogen hatten, vorgesorgt. Kleinere Beträge von mehreren tausend Kronen wurden voll in Banknoten, zum Teile in kleineren Noten gezahlt, doch wo große Summen, beispielsweise 100.000 Kronen oder darüber, zurückverlangt wurden, wurde ein Teil dieser Summe, der für die Bedürfnisse des Zahlungsverkehrs nötig ist, in Banknoten, ein Teil in Wirtskassenscheinen der Oesterreichisch-ungarischen Bank oder in Darlehenskassenscheinen gezahlt. Diese Scheine werden, obwohl sie keinen Zwangskurs haben, im Verkehr ausnahmslos genommen. Dort, wo die Einleger Banknoten beheben wollen, müssen sie die Kassenscheine bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Einlösung einreichen.

Man glaubt, daß in vier oder fünf Tagen die nötigen Noten im vollen Betrage zur Verfügung stehen dürften, so daß dann jeder Anspruch von Noten bei den Banken befriedigt werden kann.

Bei den Kassen der Wiener Banken waren heute die Geldanforderungen des Publikums wieder sehr beträchtlich. In den Kassenältern herrschte starkes Gedränge, da sehr viele Einleger Barbeträge beheben wollten.

Volle Rückzahlung bei der Ersten österreichischen Sparkasse.

Die Erste österreichische Sparkasse zahlt Beträge bis zu 5000 Kronen vollständig in Noten, die darüber hinausgehenden Summen entweder in Darlehenskassenscheinen oder in Wirtskassenscheinen der Oesterreichisch-ungarischen Bank, bei besonders großen Summen auch in Schecks das Noteninstitut aus. Die Anforderungen waren gestern und heute stark. Es hatten gestern 2000 Personen Zahlungsanforderungen gestellt, die 4 Millionen betragen haben. Heute dürfte die Anzahl der Parteien gleich groß sein, aber die Höhe der Beträge etwas geringer sein. Die Erste österreichische Sparkasse zahlt, wie erwähnt, die eingeforderten Summen voll aus. In den letzten Tagen wurde täglich zwischen 1 und 1½ Millionen Kronen, zum Teil in Kassenscheinen, von Sparern eingelegt.